

Betrieblicher Widerstand in Rudolfsheim–Fünfhaus

Zum antifaschistischen Widerstand kommunistischer Betriebsgruppen im 15. Wiener Gemeindebezirk

MANFRED MUGRAUER

Die Kommunistische Partei Österreichs war die Hauptkraft des antifaschistischen Widerstands in den Jahren der NS-Diktatur. Der Schwerpunkt ihrer illegalen Tätigkeit lag in den Betrieben, wo sich kommunistische Zellen und Gruppen der *Roten Hilfe* bildeten. Große Betriebsgruppen, die von kommunistischen Funktionären initiiert und geleitet wurden, gab es auch am Wiener Westbahnhof und in der Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen. Eine dritte Betriebsgruppe der KPÖ im 15. Wiener Gemeindebezirk war im Straßenbahnbetriebsbahnhof Rudolfsheim aktiv.

Im Zuge der am 1. Oktober 1938 von den nationalsozialistischen Machthabern verordneten Schaffung von „Groß-Wien“ wurden die Wiener Bezirksgrenzen neu geregelt. Die bisherigen Bezirke 14 (Rudolfsheim) und 15 (Fünfhaus) wurden unter dem Namen „Fünfhaus“ zum 15. Bezirk vereinigt (1957 wurde der Bezirksname auf Rudolfsheim–Fünfhaus geändert). Als neuer 14. Bezirk (Penzing) wurde der nördlich des Wien-Flusses gelegene Teil des 13. Bezirks (Hietzing) abgetrennt. Rudolfsheim und Fünfhaus waren typische ArbeiterInnenbezirke, nicht zuletzt aufgrund des Westbahnhofs, der Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen und des Straßenbahnhofs Rudolfsheim. Die kommunistische Dominanz des antifaschistischen Widerstands entsprach damit der sozialen Zusammensetzung des neu geschaffenen Bezirks. Dieses Profil als ArbeiterInnenbezirk prägt Rudolfsheim–Fünfhaus bis heute.

Die Angehörigen der Betriebszellen versuchten mit Mundpropaganda Einfluss zu nehmen und unternahmen in ihren Dienststellen Streuzettel- und Flugblattaktionen. Im Mittelpunkt der kommunistischen Propaganda in den Betrieben stand die Entlarvung der sozialen Demagogie des Hitlerfaschismus, nach Kriegsbeginn wurde auch die Parole der Arbeitssabotage ausgegeben. Ein weiterer Schwerpunkt in den Betrieben war die Beitragskassierung und Spendensammlung zur Unterstützung von Angehörigen verhafteter KollegInnen. Die Gerichte qualifizierten schon allein sol-

che aus Gründen der Solidarität getätigten Beitragszahlungen für die *Rote Hilfe* als Hochverrat und ahndeten sie mit teils drakonischen Urteilen bis zur Todesstrafe. Die Mitglieder von Betriebszellen wahrten einen gesinnungsmäßigen Zusammenhalt, der sich auf die sozialistische und gewerkschaftliche Tradition aus der Zeit der Ersten Republik stützen konnte, gehörten doch fast alle in den Betriebszellen organisierten ArbeiterInnen vor 1934 der SDAP und den Freien Gewerkschaften an.

Auch zahlreiche sozialistisch gesinnte ArbeiterInnen, die angesichts der Einstellung politischer Aktivitäten durch die Revolutionären Sozialisten im Jahr 1938 weiter aktiv bleiben wollten, schlossen sich den kommunistischen Betriebszellen an oder spendeten für die *Rote Hilfe*. Im 15. Bezirk gab es nachweislich sieben Arbeiter, die in von Kommunisten initiierten Betriebsgruppen der Eisenbahn und Straßenbahn aktiv waren und nach 1945 der SPÖ angehörten. Die überwiegende Mehrzahl der BetriebsaktivistInnen gehörte jedoch auch nach 1945 der KPÖ an.

Straßenbahnhof Rudolfsheim

Eine Hochburg des antifaschistischen Widerstands waren die Städtischen Straßenbahnen (seit 1942 Wiener Verkehrsbetriebe). Mitte der 1930er Jahre waren hier 14.000 Männer und Frauen beschäftigt, die bis 1934 in ihrer überwiegenden Mehrzahl gewerkschaftlich organisiert waren. Während der Februartkämpfe des Jahres 1934 waren die Straßenbahnremisen Zentren und Sammelstellen für die Schutzbündler. Die Straßenbahnen gliederten sich in mehrere Dienststellen: Neben der Direktion gab es acht Betriebsbahnhöfe, die Hauptwerkstätte in der Siebeneichengasse im 15. Bezirk und die Signalwerkstätte in der Aßmayergasse im 12. Bezirk.

Ab Herbst 1938 bildeten sich in praktisch allen Bahnhöfen illegale Widerstandsgruppen. Der Bahnhof Rudolfsheim in der Schwendergasse 51 war zu diesem Zeitpunkt mit 900 MitarbeiterInnen der zweitgrößte Bahnhof im Wiener Netz. Bis November 1940 gab es im Bezirk einen zweiten Standort in der Lin-

ken Wienzeile 278. Nachweislich wurden zwölf Beschäftigte des Straßenbahnhofs Rudolfsheim in den Jahren 1941 bis 1945 verhaftet, einer (Johann Gärtner) wurde hingerichtet.

Zwischen September 1943 und Februar 1944 wurden sechs Männer festgenommen, die am Straßenbahnhof Rudolfsheim einer kommunistischen Betriebszelle angehörten. Die Zelle wurde von Johann Gärtner und Johann Pilny gegründet, die Franz Pollak, Franz Knapp, Eduard Lust und Adolf Schaffel als Mitglieder anwarben. Während Gärtner und Pilny vom Volksgerichtshof abgeurteilt wurden, fand das Verfahren gegen Pollak, Knapp, Lust und Schaffel vor dem Oberlandesgericht Wien statt.

Johann Gärtner war ab 1920 Wagen- und Bahnsteigschaffner am Bahnhof Rudolfsheim und ab 1934 für die illegale KPÖ aktiv. Er veranstaltete von 1940 bis zu seiner Verhaftung am 1. September 1943 Sammlungen für die *Rote Hilfe* und verbreitete kommunistische Flugschriften, die er vom übergeordneten KPÖ-Funktionär Anton Gajda erhalten hatte, etwa einen Aufruf der KPÖ zum 1. Mai 1941. Mit ihm gemeinsam wurde seine Frau Anna (geb. Kottisch) verhaftet, die in der Schuhfabrik Matador im 15. Bezirk eine Betriebszelle der KPÖ leitete. Am 16. August 1944 wurde Gärtner im Alter von 50 Jahren vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 8. November 1944 im Wiener Landesgericht enthauptet. Im selben Verfahren wurden Anna Gärtner zu zehn Jahren und Johann Pilny zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.¹ Pilny arbeitete ab 1923 abwechselnd als Straßenbahnfahrer, Schaffner und Busfahrer. Einem Bombensuchkommando zugeteilt, gelang ihm am 6. Jänner 1945 in der Johnstraße die Flucht von einer Außenarbeitsstelle der Haftanstalt. Er konnte sich bis zur Befreiung in einer Wohnung im 20. Bezirk verstecken. Nach 1945 gehörte Pilny von April bis November 1945 für die KPÖ dem Zentralausschuss der Städtischen Straßenbahnen an.

Als Johann Gärtner im Dezember 1942 erkrankte und Ende März 1943 als Bahnsteigabfertiger zum Bahnhof Michel-

beuern im 9. Bezirk versetzt wurde, folgte ihm Franz Pollak als Zellenleiter am Bahnhof Rudolfsheim. Pollak wurde am 19. Oktober 1943 von der Gestapo verhaftet, drei bzw. sechs Tage später Eduard Lust und Franz Knapp. Vier Monate nach den anderen Zellenmitgliedern, am 17. Februar 1944, folgte die Verhaftung von Adolf Schaffel. Alle vier hatten bis 1934 der SDAP und dem Schutzbund angehört und traten danach zur illegalen KPÖ über. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilte das Oberlandesgericht Wien am 6. Juli 1944 Lust und Schaffel zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus, Pollak zu zwei Jahren und Knapp zu einem Jahr. Sie hätten sich „aus missverstandenen Solidaritätsgefühl dazu verleiten lassen, zur Unterstützung von Angehörigen wegen kommunistischer Betätigung Festgenommener Spenden zu leisten“.² Die vier Straßenbahner erlebten im April bzw. Mai 1945 im Zuchthaus bzw. im Konzentrationslager die Befreiung.

Bereits am 10. August 1942 war Rudolf Bubenik, der ab 1924 als Schaffner arbeitete, im Zusammenhang mit einer Aktion der Gestapo gegen den kommunistischen Sicherheitswachbeamten Hermann Schneider, den Bruder seiner Frau Theresia, verhaftet worden. Bubenik hatte sich seit 1939 für die illegale KPÖ betätigt und war von Anton Gajda aufgefordert worden, in der Straßenbahnzelle des Bahnhofs Rudolfsheim aktiv zu werden, wo er Spenden für Inhaftierte einsammelte. Am 21. April 1944 wurde Bubenik vom Oberlandesgericht Wien zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.³ Eine Strafe, die durch die U-Haft weitgehend verbüßt war. Als er im August 1944 aus dem Wiener Landesgericht entlassen wurde, war er von 105 auf 60 Kilogramm abgemagert.

In den Monaten Dezember 1944 und Jänner 1945 wurden vier weitere StraßenbahnerInnen des Bahnhofs Rudolfsheim festgenommen und bis zur Befreiung im April 1945 in Haft behalten, ohne dass es – kriegsbedingt – zu einer Anklage kam: Franz Maurer sowie Karl Mauritz und seine Frau Leopoldine wurden wegen Abhörens ausländischer Rundfunksender verhaftet. Ewald Gleissner, der nach der Verhaftung von Franz Pollak Zellenleiter am Straßenbahnhof Rudolfsheim war, wurde wegen Spendenleistungen für die *Rote Hilfe* festgenommen. Marianne Löw (geb. Fühl), die ab 1940 aufgrund des Kriegsauhelferübereinkommens als Schaffnerin am Bahnhof Rudolfsheim arbeitete, wurde

wegen Verdachts der kommunistischen Betätigung festgenommen, nachdem sie ein anderer Häftling beschuldigt hatte, in den Jahren 1942/43 Unterstützungsbeiträge für inhaftierte Kommunisten entgegengenommen zu haben.⁴

Drei der führenden Funktionäre der kommunistischen Betriebszelle – Alois Dietholm, Reinhold Giller und Karl Kallert – wurden von der Gestapo nicht aufdeckt. Karl Kallert, der seit 1925 als Schaffner arbeitete, war 1935 einer der österreichischen Delegierten am 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er Bezirksobmann der KPÖ Fünfhaus und von November 1948 bis Jänner 1951 Bezirksrat im 15. Bezirk. Reinhold Giller war 1945 Betriebsratsobmann am Bahnhof Rudolfsheim und Obmann der Gewerkschaftssekktion der Wiener Straßenbahner. Er gehörte dem Vorstand der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten an und war von Mai 1946 bis November 1948 für die KPÖ Bezirksrat im 15. Bezirk. Alois Dietholm fungierte 1945 als Betriebsrat am Straßenbahnhof Rudolfsheim und als Obmann der dortigen Betriebsorganisation der KPÖ. In der unmittelbaren Nachkriegszeit gehörten der kommunistischen Betriebszelle im Straßenbahnhof Rudolfsheim – bei einer Gesamtzahl von 660 Beschäftigten – 174 Mitglieder an. Im Betriebsrat waren sechs Sozialdemokraten und drei Kommunisten vertreten.⁵

Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen

In der 1872 gebauten Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen in der Siebeneichengasse 7–9 im 15. Bezirk arbeiteten in den 1930er Jahren etwa 1.200 Menschen. Mehr als 40 Arbeiter wurden in den Jahren 1941 bis 1945 wegen kommunistischer Betätigung bzw. Beitragszahlungen für die *Rote Hilfe* verhaftet, einer von ihnen (Franz Mager) wurde hingerichtet. Die Hauptwerkstätte bestand bis April 1974, danach stand in Simmering eine neue, modernere Zentralwerkstätte zur Verfügung. An der Stelle der alten Hauptwerkstätte stehen heute Wohnhäuser.

Bereits am 14. Dezember 1939 wurde Otto Stiedl, der als Elektromechaniker in der Hauptwerkstätte arbeitete, von der Gestapo wegen kommunistischer Betätigung verhaftet. Das Oberlandesgericht Wien verurteilte den gelernten Schriftsetzer am 27. September 1941 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem



Der Straßenbahnschaffner Johann Gärtner (1894–1944).

Jahr und neun Monaten Zuchthaus.⁶ Die Strafe war zwar durch die Untersuchungshaft verbüßt, Stiedl wurde aber nicht aus dem Landesgericht Wien II entlassen, sondern Anfang Dezember 1941 von der Gestapo ins Konzentrationslager Flossenbürg eingeliefert. Im Juli 1942 wurde er ins Männerlager des KZ Ravensbrück überstellt und im November 1944 zwangsweise zur SS-Sondereinheit Dirlewanger nach Krakau eingezogen. 1945 begann Stiedl wieder in der Hauptwerkstätte als Elektromonteur zu arbeiten.

Mit Franz Mager wurde am 17. März 1941 einer der führenden kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre in den Jahren vor 1938 verhaftet. Mager arbeitete seit 1927 als Tischler in die Hauptwerkstätte. Er war bis 1934 Mitglied der SDAP und des Schutzbunds und trat dann zur KPÖ über. In den Jahren der austrofaschistischen Diktatur gehörte Mager zu den wichtigsten KPÖ-Funktionären im Bereich der illegalen Gewerkschaftsarbeit. Er war Mitglied der Zentralkommission für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften und Leiter der illegalen Gewerkschaft der Transport- und Verkehrsarbeiter. Am 31. März 1937 verhaftet, wurde Mager zu 18 Monaten Arrest und sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt. Er kam im Februar 1938 im Zuge der allgemeinen Amnestie frei. 1940/41 war Mager an führender Stelle in die von Erwin Puschmann betriebene Reorganisierung der KPÖ eingebunden. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilte der Volksgerichtshof Mager am 23. Novem-

ber 1942 zum Tode. Im Urteil ist zu lesen: „Der Angeklagte ist ein gefährlicher und verbissener Kommunist, der trotz seiner beiden Vorstrafen zu einer weiteren Betätigung einsatzbereit gewesen ist und sich auch zum Einsatz hergegeben hat. Er hat als Verbindungsmann zu Spitzenfunktionären und durch Schaffung weiterer Verbindungen eine Arbeit geleistet, ohne die eine illegale Tätigkeit nicht durchführbar ist. Er wusste überdies, dass seine Arbeit dem Ausbau der illegalen Organisation in dem Betriebe der Wiener Straßenbahn dienen sollte, somit in einem Betriebe, dessen reibungsloses Arbeiten im besonderen Interesse des Staates liegt und von der Zuverlässigkeit seiner Gefolgschaft abhängig ist. Er hat sich als unversöhnlicher Gegner des Reiches erwiesen, dem er in der schwersten Zeit in den Rücken gefallen ist. Er muss deshalb ausgemerzt werden.“⁷ Mager wurde am 26. Februar 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Franz Smutny arbeitete seit 1919 als Tischler in der Hauptwerkstätte und gehörte seit 1934 der illegalen KPÖ an. Am 5. März 1942 festgenommen, wurde er am 17. Juli 1942 vom Landgericht Wien als Sondergericht wegen Vergehens nach dem Heimtückegesetz zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Den Ermittlungen der Gestapo zufolge war Smutny „wiederholt durch seine staatsfeindliche Einstellung und Propaganda“ aufgefallen. Er bekenne sich „zum tschechischen Volkstum“ und trete innerhalb seiner Belegschaft als „Unruhestifter“ auf, beispielsweise soll er zu einem Arbeitskollegen gesagt haben, dass er seine Ski zerschnitten habe, um diese nicht abliefern zu müssen.⁸ Smutny wurde im Juli 1944 aus dem Strafgefängnis Landsberg am Lech entlassen. 1945 wurde er in der Hauptwerkstätte als Tischler wiederaufgenommen. Smutny gehörte nach 1945 der KPÖ weiter als Mitglied an.

Zwischen 4. Jänner und 2. Februar 1945, wenige Monate vor Kriegsende, nahm die Gestapo Massenverhaftungen in der Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe vor. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 39 Männer wegen kommunistischer Betätigung und Beitragszahlungen für die *Rote Hilfe* festgenommen. Als Erster wurden am 4. Jänner 1945 Johann Dworzak und tags darauf Heinrich Abt festgenommen. Am 9. Jänner folgten Josef Lind und Otto Trink und einen Tag später Johann Weidmann, Josef Glanz und Franz Müller. Am 15. Jänner nahm die Gesta-

po Josef Kohl fest. Am 1. Februar wurden weitere 30 Arbeiter der Hauptwerkstätte verhaftet: Ludwig Barobek, Rudolf Braunstingl, Karl Brix, Karl Demuth, Heinrich Dworzak, Ignaz Engel, Anton Grübler, Josef Hank Josef Jamböck, Eduard Jettel, Josef Kladischofsky, Karl Kosko, Johann Kotalc, Alfred Leitner, Alfred Martinek, Michael Pitzka, Johann Plock, Leopold Plotnarek, Stefan Pudelka, Oskar Reininger, Heinrich Schildknecht, Friedrich Schlögl, Wilhelm Skamene, Cyrill Sojacek, Wilhelm Steinbach, Franz Steinkellner, Franz Taus, Josef Walter, Heinrich Wisneth und Johann Ziegelmaier. Am 2. Februar fand die Verhaftungswelle ihren Abschluss mit der Festnahme von Franz Schiehl. Die Arbeiter wurden zunächst im Polizeigefängnis Rossauer Lände inhaftiert und dann ins Gerichtsgefängnis Margareten am Mittersteig gebracht. Infolge der Kriegsereignisse kam es zu keiner Anklage mehr. Sämtliche Schutzhäftlinge wurden am 6. April 1945 entlassen.

Auch nach der Befreiung blieb die KPÖ in der Hauptwerkstätte der Straßenbahn ein wichtiger politischer Faktor. 1946 gehörten 268 der insgesamt 1.210 Beschäftigten der Partei als Mitglied an. Bei den Personalvertretungswahlen im November 1945 erhielt die SPÖ zehn Mandate, die KPÖ vier. Insgesamt verfügte die KPÖ im Jahr 1946 über 2.341 Mitglieder in 27 Betriebsorganisationen (Bahnhöfe und Werkstätten) der Wiener Verkehrsbetriebe, die damals 12.700 Männer und Frauen beschäftigten. Bei den Personalvertretungswahlen im November 1945 waren in Summe 147 Mandate an die SPÖ gegangen (73,5 Prozent), 51 an die KPÖ (25,5 Prozent) und zwei an die ÖVP (ein Prozent).⁹

Wiener Westbahnhof

Die österreichischen Eisenbahner verfügten traditionell über eine starke gewerkschaftliche Organisation, was durch die starke Konzentration der Mitarbeiter in den Hauptbahnhöfen und Werkstätten erleichtert wurde. Die Schlagkraft der Gewerkschaft hatte sich zuletzt im Eisenbahnerstreik im Februar und März 1933 gezeigt. Nach dem „Anschluss“ standen die Eisenbahner von Beginn an im Visier der Gestapo: Am 28. August 1939 wurden 74 Eisenbahner wegen kommunistischer Tätigkeit verhaftet. Ende 1941 konstatierte die Gestapo eine „selbständige Reichsbahn-KP-Gruppe“, die in sämtlichen Wiener Bahnhöfen und in den Reichsbahnausbesserungswerken



Der Tischler Franz Mager (1895–1943) mit seiner Familie.

Simmering und Floridsdorf bestand.¹⁰ Die führenden Funktionäre wurden von Oktober bis Dezember 1941 verhaftet, am 14. Juli 1942 ins KZ Mauthausen überstellt und zwei Tage später ohne Verfahren ermordet. Im Jänner und Februar 1942 folgten weitere Verhaftungen von Eisenbahnern, die für die KPÖ aktiv waren und für die *Rote Hilfe* gespendet hatten. Im Juni 1942 bilanzierte die Gestapo 70 festgenommene Reichsbahnangehörige in Wien und „Niederdonau“, darunter zehn Spitzenfunktionäre und 34 Funktionäre. Sie hätten Besprechungen zu Schulungszwecken durchgeführt, Mitgliedsbeiträge bezahlt, kassiert und abgeführt, die Herstellung eines Flugblattes geplant und zentral hergestellte kommunistische Flugblätter verbreitet „und schließlich den Beschluß zur Verübung von Sabotageakten im Reichsbahnbetriebe gefaßt und als Weisung an die untergeordneten Funktionäre ausgegeben“.¹¹

Eine der wichtigsten kommunistischen Betriebszellen bestand am Wiener Westbahnhof. Am 6. Jänner 1942 wurde hier der Reichsbahnschaffner Klemens Traxler festgenommen. Er war Unterkassier der dortigen KPÖ-Zelle, kam am 14. Juli ins Konzentrationslager Mauthausen und am 6. September 1942 ins KZ Flossenbürg, wo er im April 1945 befreit wurde. Einen Tag nach Traxler wurde der Schaffner Leopold Mayer verhaftet und im Polizeigefängnis Rossauer Lände bzw. im Wiener Landesgericht inhaftiert. Er hatte als Zellenleiter und Zellenkassier die von ihm gesammelten Beiträge an den Hauptkassier Friedrich



Gestapo-Foto des Bahnhelfers Leopold Wölfel (1899–1943).

Zwickl weitergegeben, der am 16. Juli 1942 in Mauthausen ermordet wurde. Mayer erlebte Anfang Mai 1945 in Mauthausen die Befreiung. Am 7. Februar 1942 wurde der Eisenbahner Karl Guttmann, der ebenso der illegalen Betriebszelle der KPÖ am Westbahnhof angehörte, wegen „Rassenschande“ verhaftet. Er wurde am 19. Mai desselben Jahres nach Mauthausen eingewiesen und starb bereits wenige Wochen später, am 27. Juni 1942, in Gusen – angeblich durch Berühren einer Starkstromleitung.

Leopold Wölfel, seit 1939 Leiter der kommunistischen Organisation am Wiener Westbahnhof, blieb bei der Ende 1941 gegen die Eisenbahner einsetzenden Verhaftungswelle zunächst unentdeckt. Er wurde am 7. Juli 1942 festgenommen und gemeinsam mit Matthias Liska angeklagt. Liska arbeitete ebenso wie Wölfel im Heizhaus des Westbahnhofs, das 1952 nach der vollständigen Elektrifizierung der Strecke abgerissen wurde. Wölfel war für die Verbindung mit Eisenbahnerbetriebszellen der Westbahnstrecke und anderer Wiener Bahnhöfe verantwortlich. Er stand in Kontakt zu mehreren Funktionären der illegalen KPÖ, die 1940/41 den Wiederaufbau der Wiener KPÖ organisierten, etwa Karl Bobek, Anton Peterka, Karl Papouschek, Karl Dluhosch und Anton Gajda. Im September 1941 überreichte ihm der KJV-Funktionär Friedrich Mastny Brandplättchen für Sabotageakte in den Lagerhallen des Westbahnhofs. 1942 wurde Wölfel vom im Frühjahr dieses Jahres neu gebildeten illegalen Zentralkomitee der KPÖ als Bezirksleiter des 15. Bezirks eingesetzt.

Matthias Liska (Liška) war zunächst landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter und ab 1919 Hilfsarbeiter bei der Bahn. Bis 1934 gehörte er der SDAP und dem Schutzbund an. 1939 wurde er vom Kohlenplatz ins Heizhaus am Westbahnhof

versetzt, wo er gemeinsam mit Wölfel die KPÖ-Zelle leitete. Wie Wölfel stand auch Liska mit zentralen Funktionären der KPÖ – wie etwa Anton Peterka, Leopold Ecker, Friedrich Fass und Emil König – in Verbindung. König forderte Liska im Frühjahr 1941 zu Sabotageakten auf, etwa zur Lockerung von Schrauben und zum Einwerfen von Sand in die Lager der Lokomotiven. Liska wurde am 20. November 1942 verhaftet.

Am 21. August 1943 wurden Liska und Wölfel in die Haftanstalt Berlin-Moabit verlegt und fünf Tage später, am 26. August 1943, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. In der Begründung ist zu lesen: „Die Angeklagten haben bis 1942 kommunistische Gruppen geleitet, Mitgliedsbeiträge eingezogen, Zusammenkünfte und Besprechungen mit führenden Funktionären gehabt sowie durch Verbreitung kommunistischer Hetzschriften und Verübung von Sabotageakten den kommunistischen Hochverrat vorbereitet und dadurch dem Feinde des Reiches geholfen.“¹² Liska wurde am 8. September 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet, Wölfel am 1. November 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

Am 14. Juli 1943 wurde der Zuschaffner Paul Krainer, der seit 1938 der Reichsbahnorganisation der KPÖ am Westbahnhof angehörte, verhaftet. Er war von Oktober 1943 bis zur Befreiung im KZ Dachau in Haft. Im Juni und Juli 1944 rollte die Gestapo die gesamte kommunistische Betriebszelle am Westbahnhof auf. Zwischen 1. Juni und 11. Juli 1944 wurden insgesamt 22 Reichsbahnbedienstete verhaftet, die zum größten Teil seit 1939/40 der kommunistischen Betriebsgruppe angehört hatten und auch nach der Verhaftung von Wölfel und Liska aktiv geblieben waren. Bereits knapp ein Jahr zuvor, am 16. August 1943, war der Bahnhelfer Karl Kvas festgenommen und in Berlin-Bernau in-

haftiert worden. Am 1. Juni 1944 wurden der Magazinarbeiter Franz Neusiedler und der im Heizhaus als Tischler arbeitende Ludwig Pavlicek verhaftet, am 2. Juni der Lokomotivführer Friedrich Narrath, am 6. Juni der Rangierer Karl Tod, am 8. Juni der Bahnhelfer Franz Koller und der Heizer Johann Schabmann sowie am 9. Juni der Lokomotivheizer Julius Fleischmann, der Bahnhelfer Heinrich Gartner, der Bahnhelfer Josef Hala, der Maschinenrangierer Leopold Hala, der Schlosser Rupert Helmreich, der Verschieber Ludwig Nöbauer, der Kanalarbeiter Leopold Schnepf, der Badeaufseher Stefan Vondracek, der Lokheizer Florian Weidinger und der Schlosser Josef Wimmer. Am 3. Juli 1944 folgte die Verhaftung des Kohlenarbeiters im Heizhaus Wien-West Karl Minich, am 5. Juli des Bahnhelfers Karl Schindl, am 7. Juli des Lokheizers Franz Ulram und des Bahnhelfers Josef Beständig sowie am 11. Juli des Lokheizers Alois Goldinger und des Oberbahnwarts Johann Nosek. Gegen alle Verhafteten wurde ein Dienststrafverfahren eingeleitet, nach der Verurteilung durch die NS-Justiz wurden die Eisenbahner nach § 53 des Deutschen Beamtengesetzes aus dem Dienst der Deutschen Reichsbahn entlassen.

Am 31. Oktober 1944 fand vor dem Volksgerichtshof die Verhandlung gegen Karl Kvas, Franz Neusiedler, Ludwig Pavlicek, Friedrich Narrath, Franz Koller, Josef Hala und Karl Tod statt. Alle Angeklagten gehörten bis 1934 der Sozialdemokratischen Partei an, die meisten von ihnen waren nach dem Wehrdienst im Ersten Weltkrieg in den Bahndienst eingetreten. Ihnen wurde die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Zelle am Westbahnhof, die Zahlung von Beiträgen, u.a. zur Unterstützung der Ehefrauen der verhafteten Kollegen Wölfel und Liska, und die Verbreitung von kommunistischen Flugschriften vorgeworfen. Neusiedler und Hala wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt, Kvas, Pavlicek, Koller und Tod zu zehn Jahren Zuchthaus. Narrath wurde freigesprochen.¹³ Neusiedler und Hala wurden am 5. Dezember 1944 im Wiener Landesgericht enthauptet. Kvas, Tod, Koller und Pavlicek erlebten am 6. April 1945 die Befreiung im Gerichtsgefängnis am Hernalser Gürtel. Minich wurde in einem eigenen Verfahren angeklagt und am 22. September 1944 vom Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁴ Er war bis zur Befreiung im Zuchthaus Straubing inhaftiert.



Gestapo-Foto des Bahnhelfers Josef Hala (1895–1944) und des Magazinarbeiters Franz Neusiedler (1898–1944).

Acht weitere Eisenbahner – Ludwig Nöbauer, Josef Wimmer, Stefan Vondracek, Julius Fleischmann, Rupert Helmreich, Leopold Hala, Florian Weidinger und Johann Schabmann – wurden nicht vor dem Volksgerichtshof, sondern vor dem Oberlandesgericht Wien angeklagt. Auch sie waren bis 1934 Mitglieder der SDAP und gehörten von 1940 bzw. 1942 bis 1944 der Betriebszelle der *Roten Hilfe* am Westbahnhof an. Ihnen wurde vorgeworfen, mit Spendengeldern die Frauen der verhafteten und später hingerichteten kommunistischen Widerstandskämpfer Leopold Wölfel und Matthias Liska unterstützt zu haben. Wegen „Beihilfe zur Vorbereitung des kommunistischen Hochverrates“ wurden Nöbauer und Vondracek am 27. Oktober 1944 zu vier Jahr Zuchthaus verurteilt, Wimmer und Fleischmann zu drei Jahren, Helmreich zu zweieinhalb Jahren, Hala und Weidinger zu zwei Jahren und Schabmann zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus. Bei ihren Spendenzahlungen an die *Rote Hilfe* seien „karitative Momente“ und das „gerade beim Wiener Arbeiter hochentwickelte Solidaritätsgefühl“ ausschlaggebend gewesen, begründete das Gericht die aus seiner Sicht vergleichsweise geringen Strafen. Es könne „den Angeklagten geglaubt werden, dass sie selbst keineswegs kommunistisch gesinnt seien, die Gewaltbestrebungen der KP ablehnen und nie die Absicht gehabt hatten, durch ihre Spendenleistungen die Verwirklichung der kommunistischen Ziele zu fördern“, so das Urteil des Oberlandesgerichts Wien.¹⁵ Im April 1945 erlebten Fleischmann, Hala, Nöbauer, Schabmann und Weidinger die Befreiung im Wiener Landesgericht, Vondracek im Zuchthaus Stein an der Donau und Helmreich im Strafgefängnis (Arbeitshaus) Göllersdorf. Wimmer war in den Zuchthäusern Stein an der Donau und Bernau inhaftiert. Gegen die übrigen im Juni bzw. Juli 1944 Verhafteten (Be-

ständig, Gartner, Goldinger, Nosek, Schnepf, Schindl und Ulram) wurde keine Anklage erhoben.

Die Verankerung der KPÖ am Wiener Westbahnhof blieb auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit groß: 1946 gehörten 272 der insgesamt 2.800 Beschäftigten der Partei als Mitglied an (zehn Prozent), darunter auch Fleisch-

mann, Helmreich, Kvas, Minich, Narath, Pavlicek und Vondracek. Fünf Eisenbahner, die wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Betriebszelle am Westbahnhof verfolgt worden waren (Nöbauer, Koller, Schabmann, Tod und Weidinger), waren nach 1945 Mitglied der SPÖ. Die SPÖ stellte am Westbahnhof 80 Vertrauensmänner, die KPÖ 35 und die ÖVP drei.

Gedenken und Mahnen

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden in den drei angeführten Betriebsanlagen Erinnerungszeichen für jene Arbeiter errichtet, die dem NS-Terror zum Opfer gefallen waren. Bereits am 10. November 1946 wurde am Straßenbahn-Betriebsbahnhof Rudolfsheim (Schwendergasse 51) ein Gedenkstein enthüllt, der später durch eine Tafel ersetzt wurde. Auf ihr ist der Name des hingerichteten kommunistischen Straßenbahners Johann Gärtner zu finden. Ende Dezember 1949 stiftete die Gewerkschaft der Eisenbahner eine Gedenktafel für die „justifizierten Kollegen des Heizhauses Wien West“ Josef Hala, Matthias Liska, Franz Neusiedler und Leopold Wölfel. Sie ist in der ÖBB-Zugförderungsleitung Wien-West in der Avedikstraße 2 angebracht, wo sie nicht öffentlich zugänglich ist. Ein am 23. November 1947 am damaligen Gelände der Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe in der Siebeneichengasse 7–9 enthülltes Mahnmahl mit den Namen der hingerichteten Kommunisten Josef Lengauer und Franz Mager befindet sich seit 1974 in der Hauptwerkstätte der Wiener Linien in der Simmeringer Hauptstraße 252 (Wien 11).¹⁶

Anmerkungen:

1/ DÖW 19793/40, VGH-Urteil gegen Johann Gärtner, Anna Gärtner und Johann Pilny, 16.8.1944, S. 1f. Weitergehende personenbezogene Angaben stützen sich auf die Opfer-

fürsorgeakten im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW 20000), auf Mitgliedsakten des bis 1948 bestehenden überparteilichen KZ-Verbands (DÖW 20100) bzw. auf Lebensläufe im Zentralen Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, die aus Platzgründen nicht im Einzelnen angeführt werden. Angaben über Verhaftungen gehen vor allem auf die im DÖW vorhandenen Tagesberichte der Gestapo-Leitstelle Wien zurück. Detaillierte biografische Informationen über alle genannten WiderstandskämpferInnen finden sich in Manfred Mugrauer: *Widerstand und Verfolgung in Rudolfsheim-Fünfhaus 1938–1945*. Eine Dokumentation, hg. vom Museumsverein Rudolfsheim-Fünfhaus in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2024, S. 66–81 und 99–114.

2/ DÖW 10081, Urteil des OLG Wien gegen Franz Pollak und fünf weitere Angeklagte, 6.7.1944, S. 1f.

3/ DÖW 12937, Urteil des OLG Wien gegen Gertrude Brachtl und sieben weitere Angeklagte, 21.4.1944, S. 2f.

4/ DÖW, Tagesbericht der Gestapo Wien, 15.–21.12.1944, S. 5.

5/ Die Angaben über die Betriebsräte und die Anzahl der KPÖ-Mitglieder der entsprechenden Betriebsorganisationen sind den Berichten der Grundeinheiten vom März 1946 an den 13. Parteitag entnommen (ZPA der KPÖ).

6/ DÖW 4556, Urteil des OLG Wien gegen Otto Stiedl, 27.9.1941, S. 2.

7/ DÖW 19793/108, VGH-Urteil gegen Franz Mager, 23.11.1941, S. 6.

8/ LG Wien, SHv 6324/47, Vermerk der Gestapo Wien, 4.2.1942, zit. nach: *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945*. Eine Dokumentation, Bd. 3: 1938–1945, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1984, S. 331f.

9/ ZPA der KPÖ, Bericht über die Entwicklung der Partei vom [13.] Parteitag [1946] bis zum 1. Jänner 1947, S. 35.

10/ DÖW, Tagesbericht der Gestapo Wien, 3./4.12.1941, S. 1.

11/ DÖW, Tagesbericht der Gestapo Wien, 1./2.6.1942, S. 1.

12/ DÖW 19793/105, VGH-Urteil gegen Matthias Liska und Leopold Wölfel, 26.8.1943, S. 1.

13/ DÖW 19793/99, VGH-Urteil gegen Karl Kvas und sechs weitere Angeklagte, 31.10.1944, S. 2.

14/ DÖW 20000/M425, VGH-Urteil gegen Karl Minich, 22.9.1944, S. 1.

15/ DÖW 10387, Urteil des OLG Wien gegen Ludwig Nöbauer und sieben weitere Angeklagte, 27.10.1944, S. 8.

16/ Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998, S. 281, 334 und 341.